

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Pf. pro Woche, 7.50 Pf. pro Monat. Durch die Post 7.50 Pf. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Druckverlagsanstalt für die Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 21. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Mittelzeile oder deren Raum 0.30 Pf., auswärts 0.30 Pf. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Geburts- und Beerdigungsanzeigen 0.40 Pf. Retikelle: Die Mittelzeile, 9gespalten oder deren Raum im Text 8. — Pf.

An alle Parteien und Arbeiter-Organisationen!

Die Ruhe des russischen Volkes um Hilfe in seiner fürchterlichen Hungersnot, die in den letzten Wochen unterstützt wurden durch den in Rußland weilenden Professor Dr. Nansen und den Vertreter der Gewerkschaftsinternationale O'Grady, haben zu einer neuen Steigerung der Hilfstätigkeit für die Hungernden in Rußland geführt. Unter dem Einfluß der ständig sich erweiternden allgemeinen Hilfsaktion haben, trotz ihrer anfänglichen Weigerung, in den letzten Wochen selbst bürgerliche Regierungen größere Summen für die Hungerhilfe ausgeworfen. So bewilligte Frankreich 6 Millionen Francs, England stellte Medikamente im Werte von 250000 Pfund Sterling zur Verfügung. Das italienische Ministerium beantragt beim italienischen Parlament die Summe von 800000 Lire und die amerikanische Regierung plant, 11 Millionen Scheffel Getreide durch die Ara in Rußland zur Verteilung zu bringen.

Es ist nicht nur Mitleid und Erbarmen, das heute weite Kreise veranlaßt, Rußland Hilfe zu bringen, sondern noch mehr die richtige Erkenntnis, daß ohne eine wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands und seine Eingliederung in die Weltwirtschaft eine Gesundung der Weltwirtschaft unmöglich ist. Mit Recht weist das Präsidium der Internationalen Konferenz, die am 4. Dezember in Berlin stattfand und auf der die Parteien und Organisationen aller Richtungen vertreten waren, in seinem Aufruf darauf hin: „Das Schicksal Rußlands schließt die wirtschaftliche Zukunft der ganzen Welt in sich. Die auf England und Amerika lastende Arbeitslosigkeit wird nicht eher weichen, das Elend der mitteleuropäischen Völker wird nicht eher gebannt werden können, bis die Kaufkraft des russischen Volkes gehoben, seine Produktivkraft neu entfaltet ist.“ Am meisten interessiert an der Wiederherstellung der russischen Wirtschaft ist die Arbeiterklasse, die durch die Ausschaltung Rußlands von der Weltwirtschaft mitverschuldete Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Zerrüttung am meisten leidet und die alles Interesse daran hat, daß die russische Volkswirtschaft sich bald und rasch unter einer starken Arbeiter und Bauernregierung erholt. In richtiger Würdigung dieser Tatsachen

hat eine am 8. Dezember in London stattgefundenen Konferenz der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterfraktionen beschlossen, von der englischen Regierung außer einer großzügigen Hilfe für die Hungernden in Rußland die sofortige Wiederaufnahme des uneingeschränkten Handels mit Rußland zu fordern. Aber das russische Problem ist nicht nur ein englisches, sondern ein allgemeines internationales Problem. An seiner raschen Lösung mitzuarbeiten und mitzuwirken ist Pflicht jeder Arbeiterpartei und jeder Arbeiterorganisation.

In Befolgung des Aufrufes der Berliner Internationalen Konferenz und als Unterstützung der Beschlüsse des Londoner Arbeiterkongresses wenden wir uns heute mit dem Antrag an alle Arbeiterparteien und -organisationen der ganzen Welt, in den Parlamenten ihrer Länder unverzüglich gleiche Schritte zu unternehmen und zu fordern:

1. Bewilligung von Mitteln und sofortige praktische Hilfe für die hungernden Arbeiter und Bauern in den Hungergebieten.
2. Beseitigung aller noch bestehenden Einschränkungen und Ausnahme des normalen wirtschaftlichen und Handelsverkehrs mit Rußland, Gewährung langfristiger Kredite.
3. Anerkennung der Sowjetregierung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein einheitlicher Vorstoß in allen Parlamenten durch die Arbeiterparteien, unterstützt von der ganzen wirtschaftlichen und politischen Macht der gesamten Arbeiterklasse, die sich langsam durchdringende Verständigung der westlichen Staaten mit Rußland mächtig beschleunigen wird. Im Interesse von 20-Millionen hungernder russischer Arbeiter und Bauern, im Interesse der unter der Zerrüttung des ganzen Wirtschaftslebens schwer leidenden gesamten Arbeiterklasse hoffen wir, daß dieser unser Appell von allen Arbeiterparteien gehört und befolgt wird.

Für das Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland.

Die Vorsitzende: Clara Zetkin.

Der Sekretär: Wily Münzenberg.

Auf dem Zuchthausanger verscharrt.

Unerhörte Vorgänge in Lichtenburg.

Ein politischer Gefangener, der im Zuchthaus zu Lichtenburg gefangen ist, sollte am letzten Sonntag als Ehrloser auf dem Zuchthausfriedhof verscharrt werden, obwohl er ein offenbar unschuldiges Opfer der Sondergerichte war, da er bereits bedingt begnadigt und seine Freilassung in Aussicht stand.

Der Verurteilte war ein opferwilliger Funktionär, seit früherer Jugend organisiert, Kriegsbeschädigter mit Lungenleiden, vier Jahre in Gefangenschaft, heiratete letzte Weihnachten eine Kriegswitwe mit zwei Kindern.

Infolge dieser Beziehungen sammelten sich Angehörige und Arbeiterdeputationen von verschiedenen Orten und Organisationen zahlreich an. Sie wurden aber von der Zuchthausverwaltung auf das Schrecklichste und Unerhörteste behandelt. Die Erregung der Trauernden steigerte sich dann durch die niedrige Art der Leichenbehandlung auf dem Zuchthausfriedhofe in solchem Maße, daß nicht nur die Zuchthausbeamten, sondern auch der Anstaltsgeistliche den offenen Sarg im offenen Grabe und schließlich den Zuchthausfriedhof unerrichteter Sache verlassen mußten, so daß die Angehörigen und Arbeiterdeputationen die Beerdigung ihres Verstorbenen selbst vornehmen mußten. Jeder Einzelheiten werden wir noch berichten.

„Aufreizung zum Klassenhaß“.

Der Stettiner sozialdemokratische Polizeipräsident Genner hat Strafantrag stellen lassen gegen unseren Genossen Max Andre wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Und zwar soll sich unser Genosse Andre dieses Verbrechens schuldig gemacht haben durch eine Ansprache, die er bei der Abfahrt des Hilfschiffes „Srida Horn“ für Sowjetrußland an die Masse gehalten hat.

Es ist eine bittere Ironie, daß ein Polizeipräsident, der durch die Novemberrevolution an Bord der sozialdemokrati-

schen Partei gespült wurde, einen alten Klassenkämpfer wie den Genossen Max Andre, der seit Jahrzehnten in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung gekämpft und ebenfalls jahrzehntelang der alten sozialdemokratischen Partei angehörte, wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ den weißen Richtern ausliefern kann.

„Aufreizung zum Klassenhaß“ — auf gut deutsch heißt es: „Aufforderung zum Klassenkampf“. Ehemals waren es Sozialdemokraten, die sich dieses Verbrechens schuldig gemacht haben und dafür häufig genug ins Gefängnis wanderten, heute trifft dieses Schicksal nur noch die Kommunisten, die wahren Nachfolger der alten klassenkämpferischen Sozialdemokratie, während die Sozialdemokraten mit Stimmeskoalition schließen.

Sie haben es weit gebracht.

Niederlage der SPD. im Stettiner Metallarbeiterverband.

In der bisherigen Hochburg der SPD, der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stettin, haben sich die Arbeiter bei der Neuwahl der Angestellten grundsätzlich gegen die rechtssozialistische Koalitionspolitik ausgesprochen. Es wurden 3 Kommunisten und 2 USPD-Kollegen gewählt, während die SPD keinen einzigen Kandidaten durchbrachte. Ihre höchste Stimmenzahl betrug 194, während die SPD- und USPD-Kandidaten 307 bis 341 Stimmen erhielten. Erfreulich an diesem Ergebnis ist neben dem großen Stimmengewinn für die Kommunisten vor allem die Tatsache, daß die USPD-Kollegen grundsätzlich von den Rechtssozialisten abtrüben und sich lieber mit den Kommunisten gemeinsam auf den Boden des Klassenkampfes stellten.

Ein Psychopath zum Tode verurteilt.

Im Kleppelbacher Mordprozeß wurde der Angeklagte Gruppen des zweifachen Mordes für schuldig befunden.

Burgfrieden?

Zum ersten Male seit dem 4. August 1914 steht die deutsche Bourgeoisie mitamt dem Kleinbürgertum geschlossen in einem Lager, bereit durch ein politisches Programm. Das ist nicht zufällig. Das Moratoriumsgesuch der deutschen Regierung ist nichts als die Einleitung zu einem Versuch, nicht nur den deutschen Kapitalismus von den erdrückenden Lasten zu befreien, nicht nur die Reparationskrise in ihrer Gesamtheit zu lösen, sondern dem deutschen Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen und ihm neue Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Es ist der „Vorwärts“, der in dieser Situation als erster das Wort von einem neuen Burgfrieden ausspricht. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Unsere Angelegenheit ist es nun, festzustellen, was wir am Besten zu tun können, wie wir die nötigen Mittel aufbringen und welche Garantien wir für die Restschuld zu bieten vermögen. Es ist nicht ganz unverständlich, wenn in der Mitteilung der Reparationskommission eine gewisse Ungebulb bezüglich der Maßnahmen der Reichsregierung durchdringt. Die Frage einer Gesundung unseres Eisenbahn- und Postwesens ist ja inzwischen aus dem Bereich der Erwägungen in das Bereich der praktischen Reformen übergegangen. Aber das Wesentliche zu einer Gesundung der Reichsfinanzen, das Wesentliche zu einer gesunden Wiedergutmachungspolitik im Rahmen des Möglichen, jene Steuerbalance, die Deutung da sucht, wo wirklich Werte zugrunde liegen, vermisst man noch immer. Der Reichszentralrat hat in einer letzten Rede angekündigt, er hat die Parteien noch einmal aufgefordert, mitzuwirken ohne Populärstichhaherei, er hat gebeten, das Eigeninteresse dem Reichsinteresse hintanzusetzen, er hat versucht, in einem Augenblick, in dem es um Leben und Sterben unserer Nation geht, die Einheitsfront herzustellen. Das erfordert Opfer auf allen Seiten. Ist man auf allen Seiten zu diesen Opfern bereit in einem Augenblick, in dem die Notwendigkeit, das Reparationsproblem neu aufzurollen, auch von der Gegenseite offiziell anerkannt wird?“

Welche Bedeutung die Forderung des „Vorwärts“ nach einer „nationalen Einheitsfront“, nach einem Burgfrieden zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie im gegenwärtigen Augenblick hat, geht schon daraus hervor, daß die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu der Antwortnote der Reparationskommission dieselbe ist wie des gesamten Bürgertums. Der „Vorwärts“ entnimmt der Note der Reparationskommission, daß die Entente dem Ersuchen der deutschen Regierung „nicht ohne weiteres ablehnend“ gegenüberstehe. Er fordert eine Neuregelung des ganzen Reparationsproblems! So schreibt das offizielle Stimmesblatt, die „Deutsche Allgem. Ztg.“:

„Der Wortlaut der Mitteilung der Reparationskommission läßt den Schluß zu, daß sie gewillt ist, das Stundungsersuchen zu prüfen, wenn die von ihr verlangten Aufschlüsse gegeben werden. Es ist immerhin als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß die Reparationskommission sich der Einsicht, daß die Deutschland im Londoner Ultimatum auferlegten Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt werden können, nicht mehr verschließt.“

Die Deutsche Regierung wird sich selbstverständlich die größte Mühe geben, um der Reparationskommission so rasch und so eingehend wie möglich die gewünschten Aufschlüsse zu geben, so weit dies nicht schon früher geschehen ist.

Die Mitteilung der Reparationskommission wird natürlich nichts daran ändern können, daß das große Reparationsproblem unter den alliierten Mächten einer eingehenden Erörterung unterzogen wird, daß neue praktische Wege gesucht werden müssen, damit endlich die ökonomische, finanzielle und damit auch die politische Beruhigung in Europa eintritt.“

Selbst der deutschnationale „Lokalanzeiger“ nennt die Antwortnote der Reparationskommission einen Erfolg der deutschen Regierung. Wenn einzelne bürgerliche Blätter jetzt gegen die Person Wirths Sturm laufen, so liegt das nur an derselben Linie. Ein neuer Burgfrieden bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Große Koalition. Die Durchführung der Steuermaßnahmen, die „Vorwärts“ und „D. A. Z.“ verlangen, ist die Durchführung der bekannten Pläne von Stinnes.

Es ist eine Schicksalsfrage für die deutsche Arbeiterschaft, welche Stellung sie angesichts der großen politischen Entscheidungen, die jetzt erfolgen werden, einnehmen. Diese Stellungnahme kann nicht die des „Vorwärts“, kann nicht die eines neuen Burgfriedens sein. Denn die Lösung, die bis vereinte deutsche Bourgeoisie anstrebt, die Kräfte der deutschen Wirtschaft zu befreien, ist nicht die Lösung der Arbeiterschaft. Sie ist überhaupt keine Lösung. Selbst wenn es der deutschen Bourgeoisie gelingen würde, einen Teil der unmittelbaren Kriegslasten loszuwerden, könnte sie nicht die erste und größte Folge der Katastrophe des Krieges aufheben, die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft. Der deutsche Kapitalismus hat in der Zeit nach dem Kriege hauptsächlich getrieben durch die Wunden, die ihm die Entente geschlagen hat; er hat gelebt von der Schlenkerfunktion.

Feinschmecker



rauchen noch wie vor
SALEM
ALEIKUM
GOLD
ZIGARETTEN

Willkommene
Geschenke für Damen
und Herren!

114

Das Ende der kleinbürgerlichen Demokratie.

Protesterklärung der Reichstagsfraktion der KPD. in der Sonntagsitzung des Reichstages.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion hat Genosse Barz nachstehende Protesterklärung gegen die Vertagung des Reichstages abgegeben:

„Angesichts der außerordentlich schweren wirtschaftlichen und politischen Situation brandmarkt es die kommunistische Fraktion auf das Schärfste, daß der Reichstag sich vertagt, ohne daß die Regierung ihm und dem gesamten Volke — wie ihre elementarste Pflicht gewesen wäre — ihre Stellung zu den vorliegenden Aufgaben von größter Tragweite unzweideutig dargelegt hätte. Sie brandmarkt es auf das Schärfste, daß der Reichskanzler sich darüber im Hauptauschuß auf sehr unbestimmte Andeutungen beschränkt und weitere Ausführungen dazu in die Dunkelkammer des Auswärtigen Ausschusses verschoben hat. Sie brandmarkt nicht minder, daß die Reichsregierung bereit steht, mit Ausschaltung des Reichstages in diplomatischen Geheimverhandlungen zwischen der Hoffmanns-Deutschen und der Entente-Staaten die Bedingungen für die Kreditbeschaffung und einem eventuellen Zahlungsausschuß der Reparationen festlegen und dadurch eine wesentliche Herabminderung der wirtschaftlichen und staatlichen Selbständigkeit Deutschlands herbeiführen läßt.

Die kommunistische Fraktion protestiert auf das Entschiedenste dagegen, daß die Behandlung des Nachtragsetats in letzter Stunde vor der Vertagung in verdächtiger Eile und unter Umständen durchgepeitscht wurde, die es unmöglich machten, sich über die ernste Lage so gründlich auseinanderzusetzen, wie es die bedrohten Lebensinteressen der schaffenden Massen erfordert hätten.

Die kommunistische Fraktion stellt fest, daß die Reichsregierung zwar von der Notwendigkeit gesprochen hat, den Haushalt des Reiches, der Eisenbahn und Post schleunigt zu balancieren, die Steuererlässe rasch zu verabschieden und ein Kompromiß zu schließen, sie hat jedoch nichts Positives darüber gesagt, wie der Haushalt des Reiches und der großen Reichsbetriebe balanciert, wie die Steuerfrage geregelt, wie das Kompromiß aussehen soll.

Die kommunistische Fraktion stellt insbesondere fest, daß der Reichskanzler geschwiegen hat über die brennendsten Fragen der Situation, über die Erfassung der Sachwerte, über die von der Großbourgeoisie geforderte Entstaatlichung der Eisenbahn und Post, über die sogenannte Kredithilfe der Industrie. Dafür hat er unmißverständlich der Großen Koalition für die Regierung das Wort geredet.

Wieviel solcher Fälle mag es noch geben, die nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

Die Arbeiter müssen darum kämpfen, daß ihnen unter allen Umständen bei den Finanzämtern ein weitgehendes Kontrollrecht in Bezug auf Steuererfassung und Einziehung gewährt wird.

Saldenbrand im Waldenburger Revier.

Deutschland vor einer Kohlenkrise, Einschränkung des Eisenbahnverkehrs, so klingt es aus der ganzen bürgerlichen Presse in den letzten Tagen. Ueberwiegend im Bergbau fordern die Grubenbarone. Dabei herrschen auf den Gruben Zustände, die zum Himmel stinken. Auf den „Schlef. Kohlen- und Kokswerken“ brennt seit dem 11. Dezember die Halde. Hier gehen Tausende von Tonnen Kohle durch die geradezu verbrecherischen Praktiken des Kapitalismus verloren. Ein Hohn ist es geradezu, wenn man den Abloschungsarbeiten zuhört. Unten wird die brennende Kohle abtransportiert in den Schlammteich und oben wird die frische Kohle wieder aufgeschüttet. Bergarbeiter wagt auf, treten ein für die Erfassung der Sachwerte, treten ein für den Ausbau der Rechte eurer Betriebsräte, fordert Kontrolle der Produktion. Dann wird diese Mißwirtschaft ein Ende nehmen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Ein Grabenunglück im Renroder Revier.

Am 16. Dezember verunglückte auf der Gustav-Grube in Rothenbach der Schlepper Klose aus Liebau dadurch schwer, daß ihm ein abgehender Stempel an den Kopf slog. Das kann nur dadurch passiert sein, daß Holz über den Kohlenpfeiler geschleppt wurde, ohne daß Sicherheitsmaßnahmen getroffen waren.

Wie gewöhnlich, wurden diese erst nach dem Unglücksfall angebracht. Der Verunglückte ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Aus der Partei.

Genosse Zehnergruppenführer!

Funktioniert deine Zehnergruppe?

Hast du dich schon über die Fähigkeiten deiner Genossen informiert?

Weißt du, für welche Parteiarbeit jeder Genosse besonders in Frage kommt?

Hast du die noch teilnahmslosen Genossen des öfteren bejuchet und ihnen freundschaftlich ihre Pflichten auseinandergesetzt?

Kamst du dich auf deine Gruppe in jeder Beziehung verlassen?

Hast du ein gutes kameradschaftliches Verhältnis unter den Genossen deiner Gruppe geschaffen?

Beiprächtst du auch laufend mit deinen Genossinnen und Genossen die Vorgänge in der Partei?

Warst du mit deiner Gruppe immer zur Stelle, wenn die Partei rief?

Genosse! Laß nicht nach mit deiner Arbeit! Bedenke, daß die Gruppe zum organisatorischen Fundament der Partei gehört und daß die ganze Partei nur funktionieren kann, wenn auch die kleinsten Gruppen funktionieren.

Stelle besonders jetzt dich und deine Gruppe der Ortsleitung und dem Bezirksführer zur Verfügung, damit die ausgegebenen Fragebogen für die Mitglieder-Statistik schnellstens ausgefüllt werden.

Die kommunistische Fraktion erblickt in dem Verhalten der Reichsregierung die Bestätigung dafür, daß der Versuch des Kabinetts Mirib gescheitert ist, auf dem Boden und mit den Mitteln der kleinbürgerlichen Demokratie die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung gegen das wirtschaftliche Ausbeutungsbegehren und dem politischen Machthaber der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer zu schützen. Geschlagen und kapitulierend zieht sich die Regierung Wirth vor den Stinnes und Konsorten zurück. Der Sinn ist klar. Keine Erfassung der Sachwerte, Anziehen der Steuerfahne bis zum Weibbluten aller Werktätigen als Produzenten durch aufs höchste gesteigerte Ausbeutung der Kleinbauern, Ausplünderung der Werktätigen als Produzenten durch aufs höchste gesteigerte Ausbeutung bei gleichzeitiger Knebelung der Koalitionsfreiheit, Anraubung der Massen als Konsumenten durch Wucherpreise, Auslieferung der Wirtschaft Deutschlands an die verbündeten deutschen Großbourgeois und Entente-Kapitalisten, politische Diktatur der Stinnes-Konzerne zur Niederhaltung der ausgebeuteten, Versinken der breiten Massen ins tiefste Elend.

Angesichts der drohenden Gefahr ruft die kommunistische Fraktion alle auf, die nicht von ausgebeuteter Arbeit leben, sich in geschlossener einheitlicher Front hinter die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, als hinter das mindeste Maß der Forderungen, zu stellen, die sie erheben müssen.

Sie erinnert sie an die Notwendigkeit, durch kraftvolle Willenskundgebung es durchzusetzen, daß die Führer der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien die bereits begonnene Preisgabe dieser Forderungen nicht fortsetzen, sondern sich auch kein Iota von ihnen abdingen lassen. Sie mahnt die werktätigen Massen an ihr Interesse und ihre Pflicht, die Vorstöße der deutegierigen Ententeimperialisten zur Ausplünderung der deutschen Wirtschaft zu beantworten durch die energische Bekämpfung ihrer Solidarität mit Sowjetrußland und durch ihren entsprechenden Druck auf die Regierung zur vollen Wiederaufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu diesem.

Die kommunistische Fraktion lenkt den Blick der Arbeiter darauf, daß sie das bedrohlich näherrückende Zustandekommen der Stinnes-Regierung nicht dulden dürfen, vielmehr für eine sozialistische Arbeiterregierung kämpfen müssen. Sie fordert die Ausgebauteten auf, die proletarische Einheitsfront fest zu schließen.

Diese Arbeit bildet die Grundlage für die bevorstehenden Aufgaben und wird auch eure Tätigkeit in Zukunft fruchtbringender gestalten.

Die Bezirksleitung der KPD. Schlesien.

Eine Änderung in der Zentrale.

Die „Freiheit“ bringt die Nachricht über eine „Maßregelung“ des Genossen Friesland, dem das Generalsekretariat abgenommen wurde. Der „Vorwärts“ knüpft an diese Mitteilung hämische Bemerkungen und macht dabei schlechte Witze.

Unsere Bezirksorganisationen werden innerlich die Verhängung über die vollzogene Änderung innerhalb der Zentrale erhalten haben. Dem Genossen Friesland ist das Amt des Generalsekretärs abgenommen worden nicht wegen seines letzten Artikels, sondern wegen politischer Meinungsverschiedenheiten, in denen er vollkommen isoliert allen Zentralmitgliedern gegenüberstand. Es ist daher selbstverständlich, daß Friesland diesen wichtigsten Parteiposten nicht weiter ausüben konnte. Dagegen ist Genosse Friesland weiterhin Zentralmitglied.

Die „Vergewalt“, das Organ das von politischen Einungen geleitet wird, enttrifft sich ebenfalls über die Meinungsverschiedenheiten in der K.P.D., obwohl sie noch nie eine selbständige Meinung gehabt hat. Wenn die Leute von der „Vergewalt“ anlässlich des Görlitzer Parteitages, von „Klassenkampf“ und ähnlichen Dingen geschwätzt haben, hat sich bald gezeigt, daß sie verstehen, mit Anstand den Schwanz einzuziehen.

Außerhalb Breslaus Wohnende bitte beim Postamt bestellen:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der täglich erscheinenden Zeitung

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien

zum Preise von 9 Mk. monatlich — 4,50 Mk. halbmotatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

Name deutsch schreiben, Adress genau ausfüllen: vom, bei, von, durch.

Dieses Bestellschein bitten wir der Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Klopstraße 4/5, L. einzusenden.

offeln für die Arbeiterschaft bei ihm war, sagte, er habe eine Kartoffeln an die Stärkefabrik verkauft und für andere Zwecke keine mehr übrig, ist weiter nicht verwunderlich, es gibt eben nur wenige von den Nachkommen der alten Raubritter, welche für die Not des Volkes auch nur das geringste Verständnis haben.

Aber die Zustände, die in Bezug auf Arbeiterwohnungen dort vorhanden sind, überbieten wohl alles bisher Gesehenes. Seit ungefähr zwei Jahren haufen ein 12 Jahr alter Knecht und eine 22 jährige Magd, welche sich vollständig fremd sind, in einem Zimmer beisammen, ja sogar das Bett mußten die Beiden bis vor ungefähr vierzehn Tagen miteinander teilen. Erst in letzter Zeit ist ein weites aufgestellt worden. Wenn sich in Zukunft die blaublütigen Standesgenossen wieder einmal über die Unmoral der unteren Schichten der Bevölkerung entrüsten, mögen sie sich dieses Falles auf dem Gute des Edlen von Jastrow in Schadowalbe erinnern.

Auf jenem Gute lebt eine Schweizerfamilie mit drei Kindern, der Mann befindet sich in den Klauen der Justiz, weil er angeblich an den Märzunruhen in Mitteldeutschland, wo er damals wohnte, beteiligt gewesen sein soll. Diese Frau mit den drei Kindern soll erbarmungslos auf die Straße geworfen werden, weil man das Loch, in dem sie wohnt, für andere Zwecke benutzen will.

Eine ganz besondere brauchbare Kreatur scheint dieser Menschenfreund von Jastrow in seinem Inspektor zu haben. Dieser saubere Mann verprügelt einen über 50 Jahre alten Arbeiter, der seine Knochen im Interesse des Herrn von Jastrow dort verbraucht hat, wegen zu langsamen Arbeitens mit dem Stock.

Dieser Inspektor, ein Mann von über 50 Jahre stellt den auf dem Gute beschäftigten Frauen in der gemeinsten Weise nach. Sind diese ihm nicht gefällig, beschimpft er sie in der unflätigsten Art.

Wahrlich! eine Musterwirtschaft, die Herr von Jastrow besitzt! Ein edles Paar, jener blaublütige Junker und sein Inspektor!

Landarbeiter! Wie lange noch?

Aus der „demokratischen“ Ebert-Republik.

Der Welt am Montag entnehmen wir folgende Notiz: „Im letzten Oberrichterstaate war die Weisheit etwas, in besserer Rätigkeit der bürgerliche Durchschnittsstand oft genug einzurufen versucht. Soll es dabei bleiben? Ein Rusifer teilt uns folgendes mit:

Da ich nach Ratibor ein Engagement angenommen hatte, war ich verpflichtet, mich dort nach Ankunft polizeilich zu melden. Beim Erledigen dieser staatsbürgerlichen Pflicht erfaßte mich ein über Schreck, denn ich wählte, mich in ein militärisches Einweisungsbüro verlaufen zu haben, als man bei mir statt der üblichen, folgende Fragen vorlegte:

1. Waren sie im Felde?
2. Wie lange?
3. Orden und Ehrenzeichen?
4. Wann vom Militär entlassen?
5. Von welchem Truppenteil?
6. Mit welchem Dienstgrad?
7. Leben ihre Eltern noch?
8. Namen, Wohnung und Beruf derselben?

Dann folgten die üblichen Personalfragen. Vor Schreck vergaß ich bei 3. anzugeben, daß ich außer dem Orden Kreuz 2. Kl. auch noch ein anderes Abzeichen habe. Das wird man jetzt mit mir machen?“

Vielleicht ist dieses Polizeibüro eine Zweigstelle der „aufgehängten“ Orgeß und muß natürlich die militärische Eignung und Ausbildung jedes einzelnen wissen, falls wieder einmal eine solche von rechts a la Kapp-Putsch, in die Wege geleitet werden soll.

Junker als Steuerhinterzieher!

Im letzten Kreisblatt für Görlitz finden wir eine Bekanntmachung des Finanzamts Görlitz, vom 2. August 1921, aus der hervorgeht, daß der Gutbesitzer Schneider, aus Ober-Pulwitz, ein Mann, der fast politisch engagiert ist, wegen verfallener Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 10.420 Mk. verurteilt wurde. Dieser edle Junker, der nicht genug über die hohen Arbeiter in unzähligen Versammlungen redete, hat 69.450 Mk. Einkommen dem Staate vorenthalten.

Mit dieser Strafe war dieser Junker nicht einverstanden und hat beim Landesfinanzamt in Breslau Beschwerde ein. Das Landesfinanzamt ermäßigte die Strafe von 10.420 Mk. auf 400 Mark.

Hier wird nun einmal so ein markanter Fall festgestellt.

Bei einer Gesellschaft, wie es der Parteivorstand der S.P.D. ist, die sich einig sind, wie man den Mitgliedern die Schlafhaube über den Kopf ziehe, wie man mit Stimmes zusammen geht, kommen Meinungsverschiedenheiten selbstverständlich nicht vor.

Die Internationale

Nr. 18-19 ist soeben erschienen. Inhalt des Heftes: Unten und oben. — August Thalheimer: Die Theorie und die Praxis des Liquidatorentums. — Alexander Friedrich: Eine Bilanz. — Fritz Peckert: Die Totengräber der roten Gewerkschaftsinternationale. — Ernst Friesland: Parteipolitische Bemerkungen. — Karl Rabel: Ist die russische Revolution eine bürgerliche Revolution? — W. R.: Washington. — Willi Münzenberg: Die Tätigkeit des internationalen Proletariats in der Hilfsaktion. — Albani Mukherji: Der Koplak-Aufstand in Malabar. — Pelle: Marx-Parasiten. — Notizen. Preis 4 Mark.

Colales.

Breslau.
Produktiv-Genossenschaft. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. Pünktliches Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Bezirksleitungs-Sitzung

heute abend 7 Uhr im Parteibüro, Nikolaistraße.

Besucht die kommunistische Bucherei.

Wir machen die Genossen und Genossinnen darauf aufmerksam, daß in der kommunistischen Bucherei, Gräbischer Straße 45, noch eine große und reichliche Auswahl guter Weihnachtbücher und andere Literatur vorhanden ist. Besichtigung ist auch ohne Kaufzwang gern gestattet.

Ein weiblicher Hauspächter.

Keine Zustände herrschen in den Häusern Berliner Straße 76 und 80, die der Frau Nigler, Auguststraße 127, gehören. Seit einem Jahr führt ein Mieter Klage wegen seinem Ofen. Es sind durchaus notwendige Reparaturen seit dieser Zeit zu machen. Der Mieter wandte sich an die Baupolizei, da das Feuer in dem Ofen gesundheitsgefährdend ist. Man verwies ihn an das Wohnungsamt. Von dort aus wurde die Hauswirtin vor langer Zeit aufgefordert, den Ofen zu reparieren, das Wohnungsamt hat sich aber trotz Aufforderung nicht darum gekümmert, ob dieser Aufforderung Folge geleistet wird. Eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten in dieser Sache war ebenfalls ohne Erfolg. Nun ist der Ofen buchstäblich eingestürzt. Die betreffende Familie muß also bei dieser nagelalten Sittlichkeit in der alten Wohnung hausen. Es ist unglücklich, welche Forderungen sich die Hausbesitzer gegen die Mieter erlauben. Man muß diesen Leuten plausibel machen, daß ihr Herrenstandpunkt von der Arbeiterschaft keinesfalls gebilligt wird. Es ist aber auch Pflicht der Baupolizei, sofort einzuschreiten und den Ofen sofort auf Kosten dieser mieterfreundlichen Hauspächter herzurichten.

Streut Sand bei Schnee und Glätte.

Der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen hat Beschwerde geführt, daß die Reinigung der Bürgersteige in vielen Städten in unzulänglicher Weise, oder gar nicht erfolgt und diese Unterlassung eine schwere Gefahr für die beschädigten Kriegsteilnehmer bildet. Der Minister des Innern weist deshalb die Regierungspräsidenten und die Polizeipräsidenten von neuem an, darauf hinzuwirken, daß die bestehenden Vor-

schriften über die Reinigung der Bürgersteige und die Bestreuung mit Sand oder anderem geeigneten Streumaterial bei Schneefällen usw. beachtet werden.

In Breslau konnte man am Sonnabend anlässlich des Mattesess beobachten, daß an vielen Stellen, insbesondere aber an öffentlichen Gebäuden, nicht oder sehr spät, nachdem unzählige Menschen mit dem Straßenpflaster Bekanntheit gemacht hatten — gestreut wurde. So war beispielsweise an der Dorotheenkirche zwei Stunden nach Eintreten des Mattesess noch kein Sand gestreut. Es liegt im Interesse des Publikums, insbesondere aber der Kriegsverletzten, daß die in Frage kommenden Stellen nachdrücklich auf Abstellung dieser fahrlässigen Bummelerei hingewiesen werden.

Weihnachtsfeier.

Heute abend 6 Uhr findet im kommunistischen Arbeiterheim die Sonnenwend-Feier (Weihnachtsfeier) der Kindergruppe statt. Sorgt für zahlreichen Besuch, bringt Kinder mit.

Die Erträge der Weihnachts- und Neujahrsfeiern aller Parteien, Gewerkschaften, Jugend, Arbeiter, Sport-, Gesangs-, und Theater-Aufführungen gehören den hungernden Rußlands.

Arbeiter, Genosse! Vergiß zu Weihnachten Deine hungernden Brüder in Rußland nicht.

In Weihnachten kauft der Schieber seiner Maitresse ein Perlenkollier, der sozialistische Arbeiter ein Lebensmittelpaket für seine hungernden Brüder in Rußland.

Für jeden Arbeiter ist das Fest der Liebe ein Fest der Solidarität mit seinen hungernden russischen Brüdern.

Die erste Weihnachtsgabe eines jeden Arbeiters gehört den hungernden Brüdern in Rußland.

Quittung

über eingegangene Sachen für Sowjet-Rußland: 2 Paar Lederschuhe, 1 Paar Filzschuhe, 2 Unterröckchen, 1 Oberrockchen, 2 Jäckchen, 2 Paar Beinkleidchen, 2 Lätzchen von Genossin Weiß; 2 Knabenmützen, 2 Knabemäntel, 2 Beuten von Genossin Stark; 54,50 M. für die Hungernden Sowjet-Rußlands von der Ortsgruppe Breslau; 50 M. für die Hungernden Sowjet-Rußlands von Kurt Jargemski; 50 M. für die Hungernden Sowjet-Rußlands Heinrich Garbe; 50 M. für das russische Kinderheim von Heinrich Garbe.

Hilfskomitee für Sowjet-Rußland.
Ortsgruppe Breslau.

Reichenbach.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Schwer verunglückt ist der Bahnarbeiter Jäschke von hier. Ihm wurde beim Rangieren ein Bein abgefahren. Der Schwerverletzte fand Aufnahme im Sankt Josefs-Krankenpfl.

Waldenburg.

Neue Verkehrseinrichtung.

Eine neue Verkehrseinrichtung tritt am 1. Februar in Kraft, und zwar die Schaffung eines künftigen Kraftwagen-Personenverkehrs vom Bahnhof Waldenburg durch die Stadt Waldenburg bis zum Goldenen Wald beim Schleifertal.

Schweidnitz.

Zu Tode verunglückt.

Ein schwerer Unglücksfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich auf der Chaussee nach Freiburg in der Nähe von Kunzendorf. Dort wurde der auf dem Weg nach Kammerau befindliche Arbeiter August Kleiner aus Kunzendorf von einem Automobil erfasst und so schwer verletzt, daß er nach seiner Ueberführung in ein Schweidnitzer Krankenhaus verstarb.

Schwiebberg.

Gegen Wucher und Volksbetrug.

In öffentlicher Versammlung sprach am Mittwoch, den 14. Dezember in Schreibers Hotel Genosse Wenzel & Co. über das Thema: „Gegen Wucher und Volksbetrug! Gegen Klassenjustiz!“ Gen. Wenzel führte der Versammlung in leichtverständlicher Weise vor Augen, wie in der deutschen Republik selbst unter dem Regime von — Sozialdemokraten Schieber und Wucherer ihr Unwesen treiben und die breiten Schichten des Volkes von gewissenlosen Subjekten ausgebeutet werden, wie auf der anderen Seite das Proletariat dem Hungertode entgegengeht. Auch über das Kapitel Klassenjustiz verstand es Gen. Wenzel, an der Hand von Beweismaterial der Versammlung das System der heutigen Schmachjustiz in fesselnder Weise vor Augen zu führen. In der Diskussion meldete sich ein Herr Ruff, seines Zeichens S.P.D.-Mann zum Wort und versuchte die Ausführungen unseres Gen. Wenzel zu entkräften, was ihm aber aus Mangel an Kraft mißlang. Aus seinen kurzen, abgehackten Worten konnte man entnehmen, daß er ein Offizier der alten Schule war, den die Revolutionswelle aus seiner „Laufbahn der Karriere“ in das Lager der Silbnes-„Sozialdemokraten“ geworfen hat. Sozialistisches Wissen und Volksempfinden geht dem Herren völlig ab; was er der Versammlung auf's Beste bewiesen hat. Es wollte ihm nicht einleuchten, daß das Proletariat heute Hunger leiden muß und daß es das kapitalistische System ist, das die Arbeiterschaft berart verelendet. Nachdem Genosse Brunner noch aufmunterte, für die „Schles. Arb. Zeitung“ recht zu werben und auf die Gefahren der Konterrevolution aufmerksam machte, zerplückte Gen. Wenzel in seinem Schlußwort all das, was Herr Ruff an politischer Unwissenheit der Versammlung herovort hatte. Wir wünschen, daß die S.P.D. und ihr Anhang so weiter arbeiten mögen, wie sie es bis dato getan haben, dann wird der S.P.D.-Arbeiter doch nach und nach ein Licht aufgehen und zur Erkenntnis kommen, wo die Verräter der Arbeiterklasse sitzen.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gensjch; Inserate: Max J. Schöcher. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Genossen! Werbt neue Momente!

Schauspielhaus
Opern- und Schauspielhaus
Opern- und Schauspielhaus
Opern- und Schauspielhaus
Opern- und Schauspielhaus

Wiederverkäufer
Kauf billig und gut
Esden, Gendern
Unterholzener
Gard. Garne, Zwirne
Kunststoffe
gute Stoffe, Reichs-
bedienung usw. bei
E. Lehmann, Breslau
Poststraße 7.
Kaufverbindung per
Kredit 100 M. an.
Preisliste gratis.

Ziele für alle
Altmetalle
höchsten Preis
Otto, Industriestraße 1.

Ludwig Herz
Herz
Herz
Herz
Herz
Herz

Wichtig! Reparaturen.
2 Uhr Schrank, mod. 750
2 Uhr Schrank, mod. 750
1 Uhr Schrank, mod. 750
2 Uhr Schrank, mod. 750
2 Uhr Schrank, mod. 750
1 Uhr Schrank, mod. 750
1 Uhr Schrank, mod. 750
1 Uhr Schrank, mod. 750
1 Uhr Schrank, mod. 750
1 Uhr Schrank, mod. 750

Für 4 alte neue, oder höchste Bezahlung
für alle u. zerbrochene Schallplatten nur im
Musikhaus Melzer, Breslau
Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 36

Anzüge, Cutaways, Raglans, Schläpfer, gestreifte Hosen,
nach Mass und fertig am Lager. Verarbeitung nach allen
Modellen aus nur besten Materialien liefert die an besten die
Verkaufshaus feiner Herrengarderobe
Berthold Schubert, Gartenstraße 12.

Ein neues Buch von Andersen-Reg!
Eben erlitten:
Die Passagiere der leeren Plätze
(Andersen-Reg)
Preis broschiert 12.00 M.

Für den Weihnachtlich besonders geeignet.
Zu beziehen durch die
Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.
Auswärts per Nachnahme.

Genossen!
kauft nur in den Geschäften,
die bei uns inserieren.

Weihnachts-Angebot!

| | |
|--------------------------------------|------|
| Gewaltig Mischung (27% Bohnenkaffee) | 50,- |
| 75% Gerste mit Zusatz | 40,- |
| Rückkaffee | 30,- |
| Chinesischer Tee | 20,- |
| Weizenmehl Ia | 18,- |
| Weizenmehl Ia | 16,- |
| Reismehl | 14,- |
| Mohn Ia | 12,- |
| Reis | 10,- |
| Gravpe | 8,- |
| Haferslocken | 7,- |
| Käfermehl | 6,- |
| Erbsen | 5,- |
| Bohnen, weiß | 4,- |
| Libsen | 3,- |
| Birchensmehl | 2,- |
| Baumwolle | 1,- |
| Hülsenfruchtmehl | 1,- |
| Erbsenmehl | 1,- |
| Pflanzens, beste | 1,- |
| Gersterte Vollmehl 1 Dose | 1,- |
| Apfelsinen 2 Pfd. | 1,- |
| Rosenbonbon 1 Pfd. Glas | 1,- |
| Margarin Ia 1 Pfd. M. | 1,- |
| Schokolade Ia | 1,- |
| Is. Stückspeck, ger. | 1,- |
| Begr. Goulasch 2 Pfd. Dose | 1,- |
| Reine Kerosein 250 Gramm | 1,- |

Reichard Kohn, Schokoladen
wieder vorrätig!

Heinrich Gewaltig
H. Gewaltig, Schallbrücke 71, Neue Schwen-
denstraße 11, Ecke Gartenstr., Klosterstr. 7, Ecke
Schlaggraben, Sankt-Joseph-Str. 11, Geisler-Str. 2a, der
Markstraße 1, Ecke Sankt-Joseph-Str.

Strickwolle
schwarz und grau, grüsten
Gelehnspapier
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

E. Langer,
Rosenstraße 25 1/2,
Telephon Ring 2423.

Grammophon
gut erhalten, preiswert zu
verkaufen.
Breslau 5, Gräbischer Straße 45, 1. Etage
bei Postamt.
Besichtigung 2-4 Uhr.

Von heute an
stelle ich weitere
2000 Winter-Mäntel
in der Preislage von Mk. 90.- bis Mk. 117.-
und
Kinder-Mäntel von Mk. 76.- bis Mk. 111.-
zum Verkauf.
R. G. Leuchtag Nachf.
Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik
Nur Nikolai-Strasse 8-9

Demnächst erscheint:
KARL BREMER
Der
nahende Zusammenbruch
der deutschen Bourgeoisie u. die K. P. D.
36 Seiten
Zu beziehen durch
CARL HOHN NACHF. LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.
Preis Mk. 2.-